

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Martin Dörmann: Gesine Schwan hat das Zeug zu einer herausragenden Präsidentin

WAHLKREIS

- 3 Veranstaltung zum Thema Energiepolitik und Klimaschutz mit Sigmar Gabriel (Bericht)
- 3 Öffnungszeiten und Mitarbeiterteams in den Bürgerbüros

NRW

- 4 Gastbeitrag von Stephan Gatter, MdL

BUNDESTAG

- 5 Martin Dörmann: Das ewige Dilemma mit den Diäten
- 7 Dokumentation: Gemeinsame Position der vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen Fragen der Abgeordnetenbezüge
- 8 SPD setzt Mitarbeiterbeteiligung durch

- 9 Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung
- 10 Das neue Steuer- und Abgabekonzept der SPD
- 11 Gastbeitrag von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück: „Wettbewerbsvorteil Gerechtigkeit“
- 14 Die sozialdemokratische Handschrift in der Großen Koalition

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 16 Vorgestellt: Egon Bahr

INFOS UND IMPRESSUM

- 17 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 29.5.2008

Köln-Deutz: Am 20. Mai diskutierten Bundesumweltminister Gabriel und die Kölner Abgeordneten Dörmann, Mützenich und Lauterbach zum Thema Energiepolitik und Klimaschutz (Bericht Seite 3)



Gesine Schwan hat das Zeug zu einer herausragenden Präsidentin

Liebe Leserinnen und Leser,

wer **Gesine Schwan** einmal persönlich erleben durfte, weiß, warum die SPD sie als Kandidatin zur Bundespräsidentin nominiert hat. Die selbstbewusste Powerfrau gewinnt die Menschen mit Herz und Verstand, vermag sie gar zu begeistern. Sie ist eine „Menschenfängerin“ (Die Zeit, 29.5.2008), „bürgerlich, klug und heiter“ (Süddeutsche Zeitung, 27.5.2008). Für viele hat sie die Fähigkeit, „einer suchenden Gesellschaft Richtung zu geben“ (Frankfurter Rundschau, 27.5.2008).

Das waren auch die Gründe, warum die SPD die Universitätspräsidentin bereits **2004** gegen Horst Köhler ins Rennen geschickt hatte. Und zwar mit einem echten Achtungserfolg, gewann sie doch 40 Stimmen mehr als die damalige rot-grüne Koalition Sitze in der Bundesversammlung hatte. Hingegen fehlten Horst Köhler damals mindestens 18 Stimmen aus dem Lager von Union und FDP.

Bei der **Bundesversammlung 2009** sind die Mehrheitsverhältnisse noch knapper, der Ausgang ungewiss. Nichts lag für die SPD also näher, als erneut Gesine Schwan zu nominieren, nachdem diese ihre Bereitschaft zu einer erneuten Kandidatur signalisiert hatte. Denn Horst Köhler ist kein Kandidat der Großen Koalition, er bleibt der Kandidat von Union und FDP, die nach der nächsten Bundestagswahl gemeinsam die Regierung stellen möchten.

Wahr ist: **Horst Köhler** ist ein populärer, respektabler und sympathischer Präsident, der seine Verdienste hat. Seine guten Umfragewerte hängen aber nicht zuletzt mit seiner Stellung zusammen – weil er überparteilich agieren kann und schon der Respekt vor dem Amt verhindert, dass er sich der Kritik so stellen muss wie andere Politiker.

Kritik gibt es aber durchaus, auch außerhalb des Parlaments. Als er seine erneute Kandidatur bekannt gab, kommentierte **Heribert Prantl** in der Süddeutschen Zeitung am 23. Mai: „Horst Köhlers minutenlange Erklärung geriet zum Abbild seiner bisherigen Amtszeit: Zwar war der Blick des Präsidenten lebenswürdig verschmitzt, seine Rede aber war hölzern wie Hainbuche, und die ganze Kurzveranstaltung reichlich ungenau. Man hätte sich gewünscht, sie hätte nicht stattgefunden, jedenfalls nicht so – ohne jede Aura, ohne Esprit, ohne Herzlichkeit.“

Und der **Spiegel** schrieb kürzlich über Köhler: „Der Mann, der die anderen Politiker für ihre Umfragesucht kritisiert, ist offenbar selbst der Umfragesucht verfallen.“ Denn auf die Frage, was seine

Hinterlassenschaft sein könnte, habe er geantwortet: „Ich will ganz einfach sagen, dass die Leute mich sympathisch finden.“ Dabei sei das Projekt, das er haben müsste, ein anderes: „Die Demokratie leidet an Auszehrung, die Bürger sind in hohem Maße unzufrieden, die Wahlbeteiligung geht zurück, die Volksparteien verlieren dramatisch an Mitgliedern. So wie die Lage ist, gehört der Bundespräsident an die Seite der Politik, als Botschafter, als Brückenbauer zu den Bürgern. Er müsste dafür werben, dass sie sich nicht abwenden, obwohl der politische Betrieb kompliziert ist und oft unerfreulich wirkt. Er muss sich klar auf die Seite der Politik stellen, und von dort kann er auch hin und wieder die Politik kritisieren. Es darf für einen Präsidenten nicht heißen: Ich und die. Es muss heißen: Wir. Das macht einen Präsidenten vielleicht nicht populär, aber es macht ihn wichtig“ (Der Spiegel, Ausgabe 21/2008).

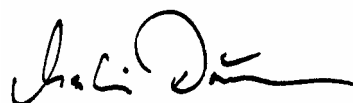
Auch aus diesem Grunde halte ich **Gesine Schwan** für die **bessere Wahl**. Sie hat das Zeug zu einer herausragenden Präsidentin, die wichtige gesellschaftliche Akzente setzen kann.

Die Bundespräsidentenwahl ist im Kern eine **Persönlichkeitswahl**. Deshalb wird Gesine Schwan auch um Stimmen aus anderen Parteien werben. Das ist in einer Demokratie nichts Verwerfliches. Irgendwelche politischen Geschäfte mit der Linken wird es hierbei nicht geben. Es war dennoch vorhersehbar, dass Union und FDP aus parteitaktischen Gründen sogleich die Gefahr rot-rot-grüner Bündnisse an die Wand malen. Natürlich wird sich die SPD dieser Debatte stellen müssen. Wir haben aber stets klar gemacht, dass eine Koalition mit der **Linken** nach der nächsten Bundestagswahl ausgeschlossen ist, weil auf der Bundesebene die inhaltlichen Differenzen auf absehbare Zeit unüberbrückbar sind. Mir ist bewusst, dass die SPD in dieser Frage bei Vielen Überzeugungsarbeit leisten muss, die daran heute noch zweifeln.

Es ist im Übrigen unserer **demokratischen Kultur** zu wünschen, dass die politische Debatte um die nächste Bundespräsidentschaft auf dem hohen Niveau geführt wird, das die Kandidatin, der Kandidat und das Amt verdienen.

Herzlichst

Ihr



Sigmar Gabriel macht jungen Menschen Mut zu Visionen

180 Gäste kamen nach Deutz zur „Fraktion vor Ort“-Veranstaltung zum Klimaschutz

„Wie schaffen wir es, einer weiter wachsenden Weltbevölkerung von 6 Milliarden Menschen eine gute Zukunft zu ermöglichen?“ Gleich zu Beginn seines Vortrages machte Bundesumweltminister **Sigmar Gabriel** klar, worum es an diesem Abend ging. Rund 180 Teilnehmer waren in das Horion-Haus nach Deutz gekommen, um zusammen mit ihm und den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann, Karl Lauterbach** und **Rolf Mützenich** über die Themen Energiepolitik und Klimaschutz zu diskutieren. Die vierte Abgeordnete **Lale Akgün** musste sich wegen einer anderen Veranstaltung entschuldigen lassen.

Martin Dörmann konnte neben Leverkusens OB **Ernst Küchler** auch den Kölner DGB-Vorsitzenden **Wolfgang Uellenberg-von Dawen** unter den Gästen begrüßen. Er bedankte sich bei diesem sehr persönlich für seine Bewerbung um eine Kandidatur für das Europäische Parlament, die von der KölnSPD nachhaltig unterstützt wurde: „Leider hat es nicht geklappt, weil die Mehrheitsverhältnisse in der Region anders waren. Du wärst aber unter jedem Gesichtspunkt der beste Kandidat gewesen.“

Zum Klimaschutz wies er darauf hin, dass es um ein Kernanliegen der Sozialdemokratie gehe. „Gerade in dieser Frage kommen unsere drei Kernkompetenzen ökologische Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit voll zum Tragen.“

Auch Sigmar Gabriel betonte in seinem Vortrag, dass die volkswirtschaftlichen Schäden mit 5 bis 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts deutlich größer seien als die Kosten, um die Auswirkungen des Klimawandels zu stoppen (1 %): „Die Märkte der Zukunft sind grün.“ Deutschland müsse seine führende Rolle bei Energieeffizienz, Energieeinsparung und bei den erneuerbaren Energien nutzen. Dies setze aber voraus, dass wir gut ausgebildete Fachleute haben. Man müsse mehr im Bildungssystem machen, damit die Lücke bei Ingenieuren geschlossen werden könne. Ausdrücklich machte er jungen Leuten Mut, Visionen zu entwickeln und sich zu engagieren. „Anstrengen lohnt sich. Nur wenn wir wirtschaftliches Wachstum und Klimaschutz zusammenbringen, werden wir Erfolg haben, weil uns die Entwicklungsländer folgen können.“

--> **Artikel zum Klimaschutz auf Seite 9**



Öffnungszeiten und Mitarbeiterteams der Bürgerbüros im Wahlkreis

Bürgerbüro Porz: Mo., Mi. und Do. 9.00 bis 17.00 Uhr; Di. und Fr. 9.00 bis 14.00 Uhr

Mitarbeiterteam: Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

Bürgerbüro Kalk: Mo., Di., Mi. 9.00 bis 12.00 Uhr, Do. und Fr. 14.00 bis 17.00 Uhr

Mitarbeiter: Marco Pagano

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten:

Mo. bis Fr. 9.00 bis 17 Uhr; Di und Do. bis 19 Uhr

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

Hinweis: die Anschriften der obigen Büros stehen auf der letzten Seite.

Bürgerbüro der Kölner SPD-Landtagsabgeordneten:

Anschrift: Magnusstr. 18b, 50672 Köln, Tel.: 0221/995599-74, Fax: 0221/995599-76

eMail: koelnerspdmld@landtag.nrw.de,

Mitarbeiterin: Julia Ott

Wir lassen niemanden allein!

Wieder einmal betreibt CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Politik gegen die Bürger in Nordrhein-Westfalen. Das Beamtenversorgungsreformgesetz hat zur Folge, dass die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr- und Polizeizulage wegfällt. Die SPD lässt niemanden allein! Im Düsseldorfer Landtag setzten sich die Sozialdemokraten dafür ein, diese Ausgleichszahlung den Beamtinnen und Beamten wieder zu gewähren.

Wir wissen: Die Beamten von Feuerwehr und Polizei leisten in unserer Gesellschaft wichtige und gefährliche Arbeit. Sie sind während ihrer Dienstzeit physischen und psychischen Höchstbelastungen ausgesetzt, die sie oft ein Leben lang begleiten. Deshalb sieht die SPD hier im Gegensatz zu CDU und FDP dringenden Handlungsbedarf. Bis zur Neuregelung im Rahmen eines eigenständigen Besoldungsrechts, für das nach der Föderalismusreform jetzt das Land zuständig ist, soll der Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr- und Polizeizulage ausgesetzt werden. Andere Bundesländer wie zum Beispiel Bayern haben es bereits vorgemacht. Nordrhein-Westfalen muss sich für unsere Polizisten und Feuerwehrleute einsetzen. Die SPD stellt sich dieser Verantwortung!

Steigende Gas- und Ölpreise betreffen alle Bürger in Deutschland. Während CDU und FDP weiterhin auf die Atomenergie als Allheilmittel setzen, gehen SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Schritt weiter. Gemeinsam haben die beiden Fraktionen einen Entschließungsantrag in den Düsseldorfer Landtag eingebracht, in dem 23 Vorschläge aufgelistet sind, wie das Land insbesondere auf die sozialen Auswirkungen steigender Energiepreise reagieren kann. Darunter zum Beispiel Maßnahmen wie Gebäudesanierungen, die Nutzung von sparsamen Fahrzeugen im Landesdienst wie im Öffentlichen Personennahverkehr sowie den Ausbau der Kraft/Wärme-Kopplung.

Wirtschaft, Verbraucher sowie Städte und Gemeinden müssen heute viel mehr für Energie bezahlen. Dieses Geld fehlt für andere Ausgaben, so für gesellschaftliche Zukunftsausgaben wie zum Beispiel Bildung und Kultur. Dies betrifft besonders Familien mit knappen Einkommen, die schon immer einen größeren Anteil für Energie ausgeben mussten. Deshalb muss die Politik Antworten auf diese sozialen Herausforderungen geben. Im Gegensatz zu CDU und FDP stellen sich SPD und Grüne dieser Verantwortung!

Das von CDU und FDP verabschiedete Schulgesetz für Nordrhein-Westfalen stand schon vor seiner Einführung in der Kritik. Dies hat sich in den letzten zwölf Monaten nicht geändert! Aktueller Diskussionspunkt sind erneut

die von Schwarz/Gelb eingeführten Kopfnoten. Von Anfang an gab es Schwierigkeiten bei der Notenvergabe, wie auch durchgängig Kritik von allen Seiten.



Nun droht den Schulen nach der Zeugnisausgabe im Sommer eine Flut von Widersprüchen und Klagen gegen die Kopfnoten, insbesondere durch die Schulabgänger. Das unausgelegene Konzept der Landesregierung zur Bewertung von Arbeits- und Sozialverhalten durch Schulnoten bereitet gerade bei den Abschluss- und Abgangszeugnissen große Probleme und kann zu erheblichen Nachteilen führen. Diese Problematik hat nun CDU-Schulministerin Barbara Sommer erstmals vor Elternverbänden eingestanden und Handlungsbedarf eingeräumt.

Allerdings kommt die von der Landesregierung angekündigte Überprüfung nach diesem Schuljahr für die Schulabgänger des laufenden Jahres zu spät.

Mit einer Initiative in der Plenarrunde Ende Mai hat die SPD-Landtagsfraktion die nordrhein-westfälische Schulministerin daher aufgefordert, die Kopfnoten zumindest auf Abschlusszeugnissen bereits für das laufende Schuljahr zu streichen. Die SPD-Landtagsfraktion hat dabei jede Unterstützung für die Landesregierung angeboten, dieses Experiment auf dem Rücken der Schulabgängerinnen und Schulabgänger noch in letzter Minute abzubauen. Leider stimmten CDU und FDP gegen den Eilantrag der SPD.

Die SPD lässt in Nordrhein-Westfalen niemanden alleine. Wir setzen uns weiter für die Belange der Menschen in NRW gegen Schwarz/Gelb im Landtag ein.

Weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Landtagsfraktion befinden sich auf der Homepage

www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Stephan Gatter ist direkt gewähltes Mitglied im Landtag von Nordrhein-Westfalen für den Kölner **Wahlkreis Kalk, Deutz, nördliche Innenstadt**. Zugleich betreut er für die SPD den Wahlkreis Porz. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Haushaltskontrolle, dort Sprecher der SPD-Fraktion sowie im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Kontakt zu Stephan Gatter, MdL:

Bürgerbüro Kalk
Kalker Hauptstrasse 212, 51103 Köln
Tel.: 0221 / 870 4302; Fax: 0221 / 870 3770
eMail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Homepage: www.stephangatter.de

Martin Dörmann, MdB:

Das ewige Dilemma mit den Diäten

Abgeordnete sind verfassungsrechtlich verpflichtet, selbst über ihre Bezüge zu entscheiden. Das schafft beinahe zwangsläufig Ärger. Es ist schwierig, das richtige Verhältnis zwischen Angemessenheit und Vermittelbarkeit zu finden.

Kaum ein Thema produziert mit schöner Regelmäßigkeit so viel Frust wie die Frage der Abgeordneten-diäten. Und zwar bei allen Beteiligten.

Selbstbedienung oder Selbstverpflichtung?

Es fängt mit dem Vorwurf an, die Abgeordneten betrieben Selbstbedienung, weil sie **über die eigenen Bezüge selbst entscheiden**.

Das ist einerseits unfair, weil der Bundestag nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ja gerade **verpflichtet ist, per Gesetz zu entscheiden**, auch wenn viele Abgeordnete froh wären, diese Verantwortung nicht mehr tragen zu müssen.

Andererseits belegen **zahlreiche Nullrunden** in der Vergangenheit, dass die Wirkung eher bremsend ist, gerade weil man immer im Brennglas der Öffentlichkeit steht. So ist die Abgeordnetenentschädigung in den 10 Jahren bis zum Stichtag 1. April 2008 insgesamt um moderate 9,2 % angestiegen, also unterhalb der Inflationsrate von 14,8 %, während der Gehaltstarifindex in dieser Zeit um 23,16 % gestiegen ist. Die Erhöhungen bewegen sich somit im relativen Gleichschritt mit den Beamtenbezügen der einschlägigen Besoldungsgruppe B 6 (9,3 %) und liegen nur leicht über den Rentenanpassungen (9,0 %). Es sind also weniger als 1 Prozent jährlich. Das wird aber in keiner Zeitung geschrieben, so dass der öffentliche Eindruck fast durchweg ein anderer ist.

Was kann eine Unabhängige Kommission – und was nicht?

Es stimmt nicht, wie teilweise behauptet wird, dass die **Entscheidung** durch eine Grundgesetzänderung auf eine **Unabhängige Kommission** delegiert werden kann. Eine solche könnte allenfalls beratend tätig sein. So wie zuletzt 1993 die „Kissel-Kommission“ unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts Prof. Kissel. Sie hat Vorschläge zu Änderungen des Abgeordnetenrechts erarbeitet, die 1995 auch in neue Gesetzesbestimmungen eingeflossen sind. Die elf Mitglieder dieser vom Bundestag eingesetzten „Unabhängigen Kommission“ repräsentierten ein breites Spektrum verantwortlicher Persönlichkeiten, von einem Betriebsratsmitglied über einen ehemaligen Bundesverfassungsrichter bis hin zur Präsidentin des Bundes der Steuerzahler.

Die „Kissel-Kommission“ führte aus, dass die bindende Entscheidung einer Unabhängigen Kommission selbst durch eine Grundgesetzänderung nicht

herbeigeführt werden könnte:

„Auch die Unabhängige Kommission hält eine solche **Grundgesetzänderung für ausgeschlossen**; sie zu beschließen dürfte selbst dem Verfassungsgeber versagt sein. (...) Nicht nur die Grundsätze eines demokratischen Wahlverfahrens, sondern auch die Ausgestaltung des vom Wähler mit dem Wahlakt dem Abgeordneten verliehenen Status muss dem Kerninhalt des Demokratieprinzips zugerechnet werden. Eine Übertragung der diesen Status maßgeblich mitgestaltenden Entscheidung über die Höhe der Entschädigung auf eine demokratisch nicht in gleicher Weise legitimierte Institution – und sei sie von der Öffentlichkeit auch als noch so für sinnvoll angesehen – durchbricht die in Artikel 20 Grundgesetz vorgeschriebenen Grundsätze. Sie könnte deshalb, wie die Kommission nach sorgfältiger Prüfung meint, kaum vor Artikel 79 Abs. 3 Grundgesetz Bestand haben.“

Gerade weil niemand den Abgeordneten die letzte Verantwortung für die eigenen Bezüge abnehmen kann, kommt es darauf an, jeweils eine **angemessene und vermittelbare Entscheidung** zu treffen. Das allerdings ist ein ewiges Dilemma. Denn: Welche „Diäten“ sind angemessen? Und was ist der Bevölkerung gleichzeitig vermittelbar?

Angemessene Orientierungsgröße?

Die erwähnte Kisselkommission hat in ihrem Bericht ausgeführt, dass die aus ihrer Sicht **verfassungsrechtlich vorgegebenen Kriterien für die Bemessung der Höhe der Entschädigung** sind:

- „1. die Bedeutung des Amtes im Blick auf die Aufgabe, die der verfassungsrechtliche Auftrag dem Parlamentarier überträgt,
2. die mit der Erfüllung dieses Auftrages verbundene Verantwortung und Belastung, die in Bund und Ländern sicherlich verschieden zu gewichten sind,
3. der Rang des Amtes des Abgeordneten im Verfassungsgefüge von Bund und Ländern.“

Der Bundestag hat daraus bereits 1995 den Schluss gezogen, die Bezüge an vergleichbare Tätigkeiten im öffentlichen Bereich anzulehnen, um einen objektiven Maßstab – auch für zukünftige Erhöhungen – zu erhalten und so dem Vorwurf der „Selbstbedienung“ entgegenzuwirken. Als Orientierungsgröße stand deshalb seit 1995 (!) das Einkommen von kommunalen Wahlbeamten auf Zeit und Bundesrichtern in § 11 des Abgeordne-

tengesetzes.

Diese **Orientierungsgröße** scheint mir angemessen gewählt. Denn ein einzelner Bundestagsabgeordneter repräsentiert einen Wahlkreis von fast 300.000 Einwohnern, sein Mandat ist mit einer besonderen Verantwortung und einem verfassungsrechtlich geschützten Auftrag ausgestattet und er hat in der Regel eine 60- bis 70-Stundenwoche, mit zahlreichen Terminen auch am Wochenende. Dass man fast die Hälfte des Jahres in Berlin sein muss, ist in der Regel bezogen auf das Familienleben auch kein uneingeschränktes Vergnügen.

Das **Gegenargument** des Profi-Parteienkritikers von Armin, die Tätigkeiten seien deshalb nicht vergleichbar, weil einem Bundestagsabgeordneten **Nebentätigkeiten** im Gegensatz zum Richter erlaubt seien, überzeugt noch nicht. Zum einen schon deshalb, weil 80 Prozent der Bundestagsabgeordneten überhaupt keiner bezahlten Nebentätigkeit nachgehen. Zum anderen muss man bedenken, dass ein Abgeordneter nur auf 4 Jahre gewählt ist und meist das Risiko eingeht, aus seinem angestammten Beruf herauszugehen oder zumindest auf Chancen des Weiterkommens verzichtet. Schon aus diesem Grunde muss es jedem überlassen bleiben, sich ein zweites Standbein aufrecht zu erhalten. Wichtig ist Transparenz dabei.

Schließlich wollen wir am Ende doch alle **Abgeordnete** im Bundestag sehen, die möglichst **unabhängig** agieren können **und aus unterschiedlichen Berufen** kommen. Deshalb macht auch eine Orientierung der Bezüge an das Einkommen oder die Einkommenszuwächse bei „Hartz IV“-Empfängern wenig Sinn, wie sie teilweise diskutiert wird.

Was ist vermittelbar?

Nun ist die 1995 ins Gesetz geschriebene Orientierungsgröße bislang überhaupt noch nicht erreicht worden, weil man sich vor der öffentlichen Meinung scheute, die Diätenerhöhungen stets kritisch bewertet. Womit wir beim zweiten Kriterium, der **Vermittelbarkeit** wären. Einerseits müssen Abgeordnete bedenken, wie ihre Diätenentscheidung von der Bevölkerung aufgenommen wird, die ja meist deutlich weniger Einkommen hat. Hier gilt es, sensibel zu sein. Sie wären aber auch keine guten Volksvertreter, wenn sie nicht bereit sind, zwar unpopuläre, aber für richtig gehaltene Gesetze zu verabschieden. Diesen schmalen Grad gerade bei der Diätenfrage zu meistern, ist schwierig. Am Beispiel der jüngsten Anpassungen lässt sich erläutern, was gut und was schlecht gelaufen ist.

Gesetzesänderung 2007

2007 hat der Bundestag folgende Änderungen beim Abgeordnetengesetz beschlossen:

- Der **Altersversorgungsanspruch** wird **deutlich abgesenkt**, und zwar um ein Sechstel (2,5 statt 3 Prozent Steigerung pro Jahr der Bundestagszugehörigkeit).
- Die **Anhebung der Altersgrenzen** in der gesetzlichen Rentenversicherung auf das 67. Lebensjahr („Rente mit 67“) wird wirkungsgleich umgesetzt.
- Als **Orientierungsgröße** für die Abgeordnetenentschädigung soll künftig das *monatliche Grundgehalt der Bürgermeister kleiner Städte und von Gemeinden mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern (Beamtenbesoldungsgruppe B 6) und der obersten Bundesrichter (Richterbesoldungsgruppe R 6)* gelten, und zwar *ohne* die anteiligen *Sonderzahlungen*, so dass die Monatsbezüge in zwei Schritten bis zum 1. Januar 2009 auf 7.668 € angehoben werden.

Die Absenkung des – zu Recht umstrittenen – Altersversorgungsanspruches war prozentual sogar größer als die Anpassung der Diäten, so dass langfristig Einsparungen im Bundeshaushalt erzielt werden. Insoweit war die Entscheidung in Ordnung und gut vertretbar. Auch ist die zugleich beschlossene **Tarifanpassungsregelung** sinnvoll, um zukünftige Diätenerhöhungen an einen objektiven und gerechten Maßstab zu binden, nämlich an die Erhöhungen bei den kommunalen Wahlbeamten und Bundesrichtern.

Der **Fehler** wurde dann allerdings kürzlich seitens der Führung der beiden Koalitionsfraktionen gemacht, indem man mit der Tarifanpassung nicht bis 2010 warten wollte, wie es noch in der Gesetzesbegründung von 2007 angekündigt war. Damit hätte es 2009 eine **doppelte Erhöhung** gegeben. Es hätte klar sein müssen, dass dies in der breiten Bevölkerung nicht vermittelbar ist. Da fehlte es am notwendigen Fingerspitzengefühl, auch wenn formal korrekt gehandelt wurde. Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten haben deshalb frühzeitig einen Verzicht auf diese zusätzliche Diätenerhöhung gefordert.

Aufgrund des Drucks seitens der Öffentlichkeit und insbesondere vieler SPD-Abgeordneter wurde das Vorhaben dann ja bekanntlich abgesagt. Das ist gut so. Es ist aber zugleich bedauerlich, dass die **öffentliche Diskussion** wieder einmal eher undifferenziert war. Medial wurden manche fragwürdigen Pauschalurteile einseitig bedient, statt die Frage der Abgeordnetenbezüge sachlich und angemessen zu erörtern.

Für die Zukunft würde ich mir eine **offene, tiefer gehende Debatte** wünschen, die nicht in Stimmungen stecken bleibt. Das wäre ein guter Beitrag für die **demokratische Kultur** in unserem Lande und könnte neues Vertrauen aufbauen. Alle Beteiligten sollten daran mitarbeiten – Abgeordnete, Parteien, Medien sowie Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinsame Position der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten zu aktuellen Fragen der Abgeordnetenbezüge

Die von den Fraktionsspitzen von Union und SPD ursprünglich geplante zusätzliche Diätenerhöhung zum 1.1.2009 und 1.1.2010 wurde nach heftigen Protesten gestoppt. Auch die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Lale Akgün, Martin Dörmann, Rolf Mützenich und Karl Lauterbach** hatten sich – wie andere SPD-Parlamentarier – frühzeitig dagegen ausgesprochen. Die Anlehnung der Bezüge an die Orientierungsgröße kommunaler Wahlbeamte und Bundesrichter sei zwar grundsätzlich richtig. Es dürfe aber nach der erst 2007 beschlossenen Anpassung in zwei Schritten nicht sogleich zu einer zusätzlichen Tarifanpassung kommen. Nachfolgend dokumentieren wir die gemeinsame Position, die noch vor der Absage formuliert wurde und auch einige grundsätzliche Fragen der Abgeordnetenentschädigung behandelt.

Wir teilen die von vielen geäußerte Besorgnis, dass eine **erneute Diätenerhöhung innerhalb kurzer Zeit** das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik untergräbt und können das Unverständnis hierüber sehr gut nachvollziehen. Gerade weil wir Bundestagsabgeordnete selbst über die Höhe unserer Einkünfte entscheiden (*müssen!*), kommt es darauf an, die Frage der Abgeordnetenentschädigung sensibel und nachvollziehbar zu behandeln.

Wir Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete haben der 2007 erfolgten Reform der Abgeordnetenbezüge zugestimmt, auch in der Erwartung, dass damit weitere Diätenerhöhungen vor dem Jahr 2010 ausgeschlossen sind. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir gerade in dieser Frage glaubwürdig und konsequent handeln müssen.

Aus den vorgenannten Gründen **lehnen wir die nunmehr vorgeschlagene zusätzliche Diätenerhöhung ab** und werden in der Fraktion dagegen stimmen. Da sich viele andere SPD-Bundestagsabgeordnete ähnlich geäußert haben, hoffen wir, dass der Gesetzentwurf noch entsprechend abgeändert wird. Damit könnte auch die in der Begründung zur letztjährigen Anpassung gemachte Zusage eingehalten werden, dass die nächste Anpassung nicht vor 2010 erfolgt. Wir haben die SPD-Fraktionsführung entsprechend angeschrieben.

Bei aller berechtigten – und von uns geteilten – Kritik an der zusätzlich geplanten Diätenerhöhung wollen wir aber auch deutlich machen, dass die **grundsätzliche Thematik der Abgeordnetenentschädigung differenzierter** diskutiert werden sollte, als dies derzeit in der Öffentlichkeit geschieht.

So wird vielfach unterschlagen, dass es vor der Anpassung zum 1.1.2008 seit 2003 keine Diätenerhöhung mehr gegeben hat. Wenn man diese

Erhöhung 2008 schon mitberücksichtigt, ist die Abgeordnetenentschädigung in den 10 Jahren zwischen 1998 und 2008 um 9,2 % angestiegen, also unterhalb der Inflationsrate von 14,8 %, während der Gehaltstarifindex um 23,16 % gestiegen ist. Die Erhöhungen bewegen sich somit im relativen Gleichschritt mit den Beamtenbezügen der einschlägigen Besoldungsgruppe B 6 (9,3 %) und liegen nur leicht über den Rentenanpassungen (9,0 %). Als problematisch wird allerdings vor allem die relativ gute Altersversorgung für die Abgeordneten angesehen.

Beide Punkte wurden in dem **2007** beschlossenen **Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes** aufgegriffen.

Zur Erinnerung: Das Gesetz verfolgt drei zentrale Ziele:

- Der **Altersversorgungsanspruch** wird **deutlich abgesenkt**, und zwar um ein Sechstel (2,5 statt 3 Prozent Steigerung pro Jahr der Bundestagszugehörigkeit).
- Die **Anhebung der Altersgrenzen** in der gesetzlichen Rentenversicherung auf das 67. Lebensjahr („Rente mit 67“) wird wirkungsgleich umgesetzt.
- Als **Orientierungsgröße** für die Abgeordnetenentschädigung soll künftig das *monatliche Grundgehalt der Bürgermeister kleiner Städte und von Gemeinden mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern (Beamtenbesoldungsgruppe B 6) und der obersten Bundesrichter (Richterbesoldungsgruppe R 6)* gelten, und zwar ohne die anteiligen Sonderzahlungen, so dass die Monatsbezüge in zwei Schritten bis zum 1. Januar 2009 auf 7.668 € angehoben werden.

Die Anlehnung bzw. Orientierungsgröße halten wir grundsätzlich auch für sachgerecht.

Aus finanziellen Gründen sollte niemand in die Politik gehen. Die Bezüge sollten jedoch auch sicherstellen, dass Politiker/innen unabhängig agieren können und nicht etwa auf Nebeneinkünfte angewiesen sind (80 % der Bundestagsabgeordneten üben keine bezahlte Nebentätigkeit aus).

Bei einer **60- bis 70-Stundenwoche** kommen Bundestagsabgeordnete auf umgerechnet etwa 27 Euro **Stundenlohn** brutto. Wir können darin keine unangemessene Bezahlung erkennen. Es wäre schön, wenn dies insgesamt stärker als bisher gewürdigt werden könnte. Die **steuerfreie Aufwandspauschale** stellt – entgegen mancher Ansicht – *kein zusätzliches Einkommen* dar, sondern dient ausschließlich der Abdeckung mandatsbezogener Mehrkosten. Hierzu zählen beispielsweise die Unterhaltung von Bürgerbüros im Wahlkreis, einer Zweitwohnung in Berlin, Porto- und Reise-

kosten, Öffentlichkeitsarbeit oder etwa die Finanzierung von Veranstaltungen. Im Gegenzug können Abgeordnete steuerlich keinerlei Ausgaben als Werbungskosten geltend machen.

Die 2007 beschlossene **Tarifanpassungsregelung** halten wir vor diesem Hintergrund grundsätzlich für sinnvoll, um zukünftige Erhöhungen an einen objektiven und gerechten Maßstab zu binden. Allerdings darf sie nicht – wie oben dargelegt – mit den bereits beschlossenen Anpassungsschritten kumulieren.

Die in der Öffentlichkeit immer wieder vorgetragene Forderung, die Frage der Abgeordnetenentschädigung einer **Unabhängigen Kommission** zu übertragen, ist bindend nicht möglich. Am Ende *müssen* nun einmal immer die Abgeordneten

selbst die Verantwortung für ein entsprechendes Gesetz übernehmen und über ihre Diäten entscheiden. Denn das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lassen insoweit keinen Spielraum. Die vom Bundestag eingesetzte unabhängige Kommission zur Änderung des Abgeordnetenrechts (Kissel-Kommission) von 1993 führte seinerzeit hierzu aus, dass eine bindende Entscheidung einer Unabhängigen Kommission auch nicht durch eine Grundgesetzänderung herbeigeführt werden könnte.

Gerade weil uns niemand die letzte Verantwortung für unsere eigenen Bezüge abnehmen kann, kommt es für uns darauf an, stets eine angemessene, nachvollziehbare und glaubwürdige Entscheidung zu treffen.

SPD setzt Mitarbeiterbeteiligung durch

Im letzten Jahr stellte Olaf Scholz das SPD-Konzept des Deutschland-Fonds vor. Dieser soll die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens beteiligen. Jetzt hat sich die große Koalition auf ein Modell geeinigt, mit dem der Deutschland-Fonds eingeführt wird. Dies wurde auch Zeit, denn seit Jahren fallen Vermögensentwicklung und -verteilung in Deutschland immer weiter auseinander. Lediglich in zwei Prozent aller Betriebe sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Kapital, in neun Prozent am Gewinn beteiligt.

Ein halbes Jahr lang feilte eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Olaf Scholz und CSU-Chef Erwin Huber an den Einzelheiten. Es sind verschiedene steuerliche Anreize vorgesehen, die es dem Arbeitnehmer attraktiver machen werden, sich am eigenen Unternehmen zu beteiligen. Die Experten mussten dabei zwei unterschiedliche Modelle zusammenbringen. Während die Union vor allem auf betriebliche Lösungen und eine großzügige steuerliche Förderung setzte, schlug die SPD mit dem Deutschlands-Fonds ein Modell vor, mit dem sich Arbeitnehmer indirekt am Kapital ihres Unternehmens beteiligen sollten. Der Vorteil des SPD-Modells: Es verringert die Gefahr eines Totalverlustes der Einlagen bei der Insolvenz eines Unternehmens.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Arbeitnehmersparzulage für vermögenswirksame Leistungen, die in betrieblichen Beteiligungen, etwa Aktien, angelegt werden, wird von 18 auf 20 Prozent erhöht. Die Einkommensgrenze, bis zu der die Sparzulage gezahlt wird, soll von 17.900 (Verheiratete 38.500) Euro auf 20.000 (40.000) Euro steigen.

Der steuer- und abgabenfreie Höchstbetrag für die Überlassung von Beteiligungen wird von 135 auf 360 Euro erhöht. Anders als bisher muss der Arbeitnehmer dafür keine Firmen-Anteile in gleicher Höhe selbst erwerben. Ein Insolvenzschutz ist hier nicht vorgesehen. Die Union hatte noch höhere Einkommensgrenzen und Freibeträge vorgeschlagen. Dies hätte allerdings bis zu einer Milliarde Euro gekostet und wäre mit dem Ziel von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, den Bundeshaushalt weiter zu sanieren, nicht vereinbar gewesen. Es geht schließlich nicht darum, Steuervorteile zu gewähren, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Erfolg der Unternehmen zu beteiligen. Mit dem Kompromissmodell liegen die Kosten bei rund 300 Millionen Euro.

Die SPD hat bei den Verhandlungen mit der Union verhindert, dass das Risiko bei einer Insolvenz des Unternehmens allein bei den Arbeitnehmern liegt. Nach deren Plänen hätten die Arbeitnehmer bei einer Insolvenz neben ihrem Arbeitsplatz auch ihre Einlage verloren.

Es ist der SPD zu verdanken, dass der arbeitnehmerfreundliche Deutschland-Fonds kommen wird. Bei diesem Fonds müssen drei Viertel des eingezahlten Kapitals direkt oder indirekt über die Hausbank an die beteiligten Unternehmen fließen. Damit soll das Eigenkapital der Unternehmen gestärkt werden. Ein Viertel des Fondsvermögens kann anderweitig angelegt werden. Ein gutes Modell, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Zustimmung kam von den Gewerkschaften. „Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte Hubertus Schmoldt, Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie.

Ein Überblick mit Daten und Fakten

Ein wesentlicher Grund für den Klimawandel liegt in den hohen CO²-Emissionen. Als **Verursacher** hiervon gilt mit 40 % Anteil die Energieerzeugung der Industrieländer, bis zu 20% entfallen auf die Industrie. Der Verkehr verursacht etwa 25% und die privaten Haushalte ca. 15% der durchschnittlichen CO²-Emissionen.

Die bereits eingetretenen **Folgen** sind: Eine Verdoppelung der Anzahl der Hurrikane der Kategorie 4 und 5 in den letzten 30 Jahren; über 16.000 Pflanzen- und Tierarten sind durch den Klimawandel vom Aussterben bedroht; das Schmelzwasser von den Gletschern Grönlands hat sich in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Eine **UN-Klimastudie** von 2007 stellte fest, dass bis zu 6,4 Grad höhere Temperaturen in 2100 herrschen werden, die Arktis wird in 25 Jahren im Sommer eisfrei sein und der Meeresspiegel um bis zu 59 Zentimeter ansteigen. Eine Folge davon: 100 Millionen Menschen drohen obdachlos zu werden und Hungersnöte mit Schwerpunkten in Südafrika und Südasien stehen bevor. In Afrika werden 2020 bis zu 250 Millionen Menschen von Wasserknappheit betroffen sein.

Im **Stern-Report** (Stern Review on the Economics of Climate Change vom 30. Oktober 2006) sind die **volkswirtschaftlichen Schäden** weltweit auf 5 bis 20% des weltweiten BIP, etwa 5,5 Billionen Euro, berechnet worden. Der Stern-Report belegt: Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre ist gegenüber dem Stand vor der industriellen Revolution bereits von 280 ppm (parts per million oder Millionstel in der Atmosphäre) Kohlendioxidäquivalenten auf heute 380 ppm gestiegen und erhöht sich jährlich um über 2 ppm. Es wäre immer noch möglich, die schlimmsten Risiken und Auswirkungen des Klimawandels mit tragbaren Kosten zu vermeiden, wenn jetzt schnell auf nationaler und internationaler Ebene gehandelt wird. Der Stern-Report konstatiert: Um schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft zu vermeiden, sollte die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre unter 550 ppm gehalten werden. Schon in diesem Fall würde die weltweite Durchschnittstemperatur um 2°C bis 3°C steigen.

Um die Auswirkungen des Klimawandels zu stoppen, müssten weltweit 270 Milliarden Euro (1% des globalen BIP) pro Jahr ausgegeben werden.

Im **Bundeshaushalt 2008** sind insgesamt 2,6 Milliarden Euro für den Klimaschutz eingestellt.

Das von der Bundesregierung zur Bekämpfung des Klimawandels aufgelegte **„Integrierte Energie- und Klimaprogramm“** sieht gesamtgesellschaftliche Investitionskosten von 31 Milliarden Euro vor. Jährliche Energieeinsparungen in Höhe von 36 Milliarden Euro brächten einen „Gewinn“ von 5 Milliarden Euro. Mit der derzeitigen Umsetzung des in 2007 vorgelegten Integrierten Energie- und Klimapaketes reagieren die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen auf den Bericht des Weltklimarates zum Klimawandel. Die vielfältigen Maßnahmen basieren im Wesentlichen auf drei Säulen:

- Senkung der Kohlendioxidemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990
- Reduzierung des Energieverbrauchs bis 2020 um 20% gegenüber 1990
- Anteil der Erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20% ausbauen.

Zur Erreichung dieser Ziele hat die Große Koalition verschiedene Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht, die sich zum größten Teil derzeit im laufenden parlamentarischen Verfahren befinden. Zentrale Maßnahmen sind:

- Novellierung des EEG
- Verabschiedung eines Regenerativen Wärmegesetzes
- Novellierung des Gesetzes zur Kraft-Wärme-Koppelung (KWK)
- Novellierung des Biokraftstoffquotengesetzes
- Novellierung der Energieeinspeiseverordnung

Unter Federführung des Bundesumweltministeriums hat die Große Koalition den **Umbau der Industriegesellschaft** vorgebracht. Hierzu zählt in erster Linie die Unterstützung jener Branchen, die sich durch Effizienztechnologien sowie Erneuerbare Energien charakterisieren.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert beispielsweise regionale Netzwerke, die neue Ausbildungsberufe und Studiengänge hinsichtlich dieser Märkte institutionalisieren (z.B. JOBSTARTER). Zu den Kernbereichen der grünen Leitmärkte gehören:

- Energieerzeugung- und Effizienz
- Rohstoff- und Materialeffizienz
- Kreislauf- und Wasserwirtschaft

Die Große Koalition will einen bedarfsgerechten und umweltverträglichen Ausbau des Kraftwerksparks. Mittelfristig soll der Ersatz von alten Braun- und Steinkohlekraftwerken durch neue hocheffiziente Technologien gefördert werden. Die Transformation hin zu einer stärkeren Nutzung der Erneuerbaren Energien wird eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb ist es wichtig, den geplanten Bau neuer Kohlekraftwerke so effizient und umweltfreundlich wie möglich zu gestalten. Die Große Koalition unterstützt die Kraftwerksbetreiber bei der Erforschung und praktischen Umsetzung eines Verfahrens namens Carbon Capture and Storage (CCS). Mit dieser Technologie kann ein Großteil der Kohlendioxidemissionen von Kohlekraftwerken herausgefiltert und unterirdisch verpresst werden.

Neben der Förderung von Biokraftstoffen ist der Großen Koalition insbesondere an der Stärkung der Windenergie- und Solarwirtschaft gelegen. Eine dringende Voraussetzung, die positiven Entwicklungen der Erneuerbaren-Energien-Branche weiter voranzutreiben, ist der bedarfsgerechte Ausbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze.

Senkung der Abgabenlast, gerechte Reichensteuer, solider Haushalt

Der SPD-Vorsitzende **Kurt Beck** und Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** haben in Berlin ein neues finanzpolitisches Konzept der SPD vorgestellt, das vorrangig eine Senkung der Sozialabgaben von Gering- und Durchschnittsverdienern vorsieht. Damit traten Beck und Steinbrück unsoliden Steuersenkungsplänen der Union entgegen: „Wir bleiben ganz klar bei dem Kurs der Konsolidierung“, so Kurt Beck.

Die SPD halte am finanzpolitischen Ziel fest, 2011 eine „schwarze Null im Bundeshaushalt“ zu schreiben. Steuern und Abgaben sollten nicht erhöht werden, sagte Beck. Es sollten aber Umschichtungen vorgenommen werden. Vor allem hohe private Einkommen und Vermögen müssten stärker zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen herangezogen werden.

Das vom Präsidium der SPD beschlossene Konzept „Orientierungspunkte der SPD für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschlands“ sieht vor, die Beiträge für die staatlichen Sozialversicherungen generell zu senken. Dies solle durch höhere Zuschüsse aus Steuermitteln finanziert werden, wenn der Bundeshaushalt ab 2011 ohne neue Schulden auskommt und Überschüsse erwirtschaftet. Ferner plädiert die SPD dafür, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu prüfen.

Finanzminister Peer Steinbrück erklärte weiter, angesichts von 1,6 Billionen Euro Staatsverschuldung könnten die Sozialdemokraten keine Versprechen machen, die die nachfolgenden Generationen belasteten. Die Sozialdemokraten wollen die Steuer- und Abgabenquoten konstant halten: „Richtig ist, umzuschichten innerhalb dieser Steuer- und Abgabenquoten.“ So solle der so genannte Steuerbalkon von 45 Prozent künftig bereits ab 125.000 bzw. 250.000 Euro für Ledige bzw. Verheiratete gelten. Bislang wird diese Reichensteuer auf jeden Euro über einem Verdienst von 250.000 Euro im Jahr fällig (Verheiratete: 500.000 Euro). Für weitere Steuererleichterungen sieht Steinbrück derzeit keine Veranlassung. Vorrang habe ein ausgeglichener Bundesetat bis 2011. Finanzielle Spielräume sollten zunächst für Zukunftsinvestitionen und dann für niedrigere Sozialabgaben genutzt werden.

Die Orientierungspunkte der SPD lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

1. Der Staat muss auch in Zukunft handlungsfähig sein

Die Sozialdemokraten wollen einen Staat, der auch in Zukunft handlungsfähig ist. Dies kann er nur sein, wenn nicht ein wachsender Anteil der Einnahmen für die Tilgung von Schulden verwendet werden muss. Darum bleibt das Ziel der SPD, bis 2011 einen Haushalt zu ermöglichen, der ohne neue Schulden auskommt.

2. Ein Staat der mehr in die Zukunft investiert, ermöglicht bessere Chancen

Eine zentrale Aufgabe des handlungsfähigen Staates ist es, seinen Bürgern bessere Chancen zu ermöglichen und den zukünftigen Wohlstand zu sichern. Darum brauchen wir mehr Zukunftsinvestitionen des Staates. Mehr Investitionen in Bildung führen zu mehr Aufstiegschancen für den Einzelnen und zum Aufstieg der ganzen Gesellschaft.

3. Durch Abgabensenkungen gezielt die Gering- und Normalverdiener entlasten

Die Sozialdemokraten wollen die Belastung der Arbeitnehmer durch Sozialabgaben reduzieren, ohne Leistungen einzuschränken. Die Senkung der Sozialabgaben kommt in erster Linie unteren und mittleren Einkommensgruppen zugute, während von Steuersenkungen vor allem Spitzenverdiener profitieren.

4. Jedes Kind ist gleich viel wert

Der gegenwärtige Familienleistungsausgleich bevorteilt Spitzenverdiener. Die SPD wird ihn daher auf den Prüfstand stellen, um mehr Mittel gezielt für Familien mit Kindern einzusetzen.

5. Spitzenverdiener müssen einen solidarischen und gerechten Beitrag zur Finanzierung des Staates leisten

Die Unternehmen sind durch die Unternehmensteuerreform entlastet worden. Auch eine Abgabensenkung entlastet gerade die arbeitsintensiven Betriebe. Im Gegenzug will die SPD hohe private Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen heranziehen. Zur Gerechtigkeit gehört auch, dass das Steuerrecht besser durchgesetzt wird.

6. Die soziale Sicherung stärken

Die SPD will den Steueranteil an der Finanzierung unseres Sozialstaates erhöhen und die Abgaben reduzieren. Damit orientiert sich die SPD am skandinavischen Modell und macht die soziale Sicherung demographiefester. Dies entlastet zudem Arbeitnehmer und arbeitsintensive Betriebe. Gleichzeitig werden so auch Besserverdienende in die gesellschaftliche Solidarität einbezogen. Das Ziel der SPD bleibt die Bürgerversicherung für alle.

Pressestimmen:

Süddeutsche Zeitung, 28. Mai 2008:

„Ein Lob der SPD. Ihr Finanzkonzept ist seriöser als das der CSU: Es entlastet die mittleren und niedrigen Einkommen.“

Frankfurter Rundschau, 28. Mai 2008:

„Für die SPD ist ein Lob fällig. Ihr Finanzkonzept ist gar nicht so schlecht. Überzeugend stellt sie klar, was wichtig ist und was bloß wünschenswert.“

→ Das **pdf-Dokument** „Konsolidieren – Investieren – Entlasten. Orientierungspunkte der SPD für ein integriertes Steuer- und Abgabensystem eines sozialen Deutschland“ kann **im Internet** abgerufen werden unter:

www.spd.de/show/1748841/270508_Konsolidieren_Investieren_Entlasten.pdf

Wettbewerbsvorteil Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Einklang bringen

Wo sich die Starken aus dem Gemeinwesen ausklinken, untergraben sie die Bereitschaft der Gesellschaft zu Reformen - und schaden sich damit selbst. Denn auch die Gewinner der Globalisierung brauchen in Wahrheit den handlungsfähigen Staat.

Nicht erst seit Bestehen der Großen Koalition im Bund, aber besonders seit 2005 haben es die beiden Volksparteien immer häufiger mit dem Phänomen zu tun, dass in manchen ökonomischen Führungsetagen zu wenig Sinn für die integrative Funktion von Volksparteien vorhanden ist, für die Mühen der Konsensbildung, für politische Prozesse und auch politische Abstufungen. Dort fehlt oft jedes Verständnis dafür, dass Politik nicht digital ist, nicht entweder Null oder Eins. Es fehlt auch das Verständnis für die Notwendigkeit einer größeren Balance in unserer Gesellschaft. Ohne ein solches Verständnis aber wird der sozialen Marktwirtschaft der Reflex von Protektionismus, Staatsfixierung und auch Strukturkonservatismus nicht erspart bleiben, der ja auch ein Reflex auf Asymmetrien und Ungerechtigkeiten ist, die große Teile der Bevölkerung schmerzlich empfinden.

Seit die Menschheit über die Gerechtigkeitsfrage diskutiert, ist sie mit einem Grundproblem konfrontiert: Auch in gewachsenen Kulturräumen hat jede und jeder ein subjektives Gerechtigkeitsempfinden, über das zu diskutieren schon deshalb schwer fällt, weil es keine absolut verbindliche Vorstellung von Gerechtigkeit gibt. Gerechtigkeit lässt sich nicht auf einen objektiven Nenner bringen - sie wird immer subjektiv empfunden, sie ist immer relativ. In demokratisch verfassten Gesellschaften versuchen wir, das Dilemma des fehlenden objektiven Gerechtigkeitsbegriffs zu entschärfen, indem wir auf unsere demokratischen Institutionen zurückgreifen. Wir hoffen, dass das subjektive Empfinden einer Mehrheit, wie es in den Entscheidungen demokratisch legitimierter Gremien zum Ausdruck kommt, dem Gerechten möglichst nahe kommt.

Dabei ist Gerechtigkeit ohne Freiheit nicht zu haben. Richtig ist aber auch, dass ohne Gerechtigkeit die Freiheit unvollständig bleibt. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung rückt für mich immer stärker eine befähigende Freiheit in den Mittelpunkt. Die Freiheit, die ich meine, ist eine ermöglichende Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben, zur Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Dieses Verständnis setzt den Akzent darauf, dass Freiheit nicht nur formal in der Verfassung verankert ist. Deswegen halte ich die eher



angelsächsisch geprägte Sichtweise - angesichts kontinentaleuropäischer Traditionen und Mentalitäten - mindestens für unterkomplex. Ihr geht es vor allem um die Freiheit von staatlichen Eingriffen besonders bei Eigentum und Einkommen, also um die weitgehende Freiheit von Steuern und Abgaben und anderen staatlichen Zwängen. Diese Sichtweise greift zu kurz.

Der Stress wird andauern

Natürlich müssen wir an dieser Stelle die Balance halten. Aber ich halte es für falsch, ausgerechnet in einer Situation, in der die Globalisierung mit ihren Herausforderungen ziemlich ungebremst in den Alltag jedes Einzelnen Einzug hält, den Staat immer weiter zurückzudrängen, ihn gegebenenfalls auch aus einer liberalistischen ordnungspolitischen Raison zu diskreditieren und damit die Unsicherheit und auch die Ungleichheit immer weiter zu verstärken. Heute ist die Frage hochaktuell, ob die Verdrängung der Politik durch eine vornehmlich ökonomische Logik, der Vorrang des Konsumenten vor dem Bürger, das Schleifen von Administration und Verwaltungsverfahren wirklich im Interesse von "Globalisierungseliten", "Hardcore-Individualisten" oder auch eines ökonomisch radikalen Neoliberalismus ist. Brauchen nicht sogar die Globalisierungseliten in ihrem ureigenen Interesse einen handlungsfähigen Staat?

Für mich steht dreierlei fest: *Erstens* wird der Stress - will sagen: die Beschleunigung - in unserer Wirtschaft und Gesellschaft anhalten, weil die Sehnsüchte, der Ehrgeiz, das wirtschaftliche Handeln von Milliarden arbeitsteilig in die Globalisierung integrierten Menschen, besonders in Asien, für uns mehr denn je von Belang sind und sich auf uns auswirken. *Zweitens* ist die Globalisierung ein irreversibler Prozess. *Drittens* ist keine andere große Volkswirtschaft so sehr mit dem vernetzt, was wir den globalen Wettbewerb nennen, wie Deutschland. Warum? Weil mehr als 40 Prozent unseres Bruttoinlandprodukts über Im- und Exportbeziehungen generiert werden und damit jede Abkoppelung aus der Globalisierung automatisch auf Wohlstandsverluste hinausläuft.

Insiderwissen und Abfindungsexzesse

Ja, unsere auf Wettbewerb beruhende Wirtschaftsordnung führt zu Ungleichheiten. Das ist prinzipiell aber gar nicht zu kritisieren, solange diese auf

Leistung und fairen Chancen für möglichst alle beruhen, denn das liegt in der Natur des Wettbewerbs. Ohne Unterschiede im Ergebnis könnte der Wettbewerb seine positiven Wirkungen nicht entfalten. Wenn die Unterschiede aber auf dem Ausnutzen von Insiderwissen oder Abfindungsexzessen beruhen, schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft.

Dabei hat die Balance zwischen Effizienz und Gerechtigkeit in den vergangenen sechzig Jahren sozialer Marktwirtschaft in Deutschland insgesamt gut funktioniert. Damit wurde eine soziale Stabilität erreicht, die einer der wichtigsten Standortfaktoren unseres Landes ist. Das wird häufig unterschätzt. Seit einiger Zeit entfernen wir uns zunehmend von dieser Balance und bewegen uns auf eine gefährliche gesellschaftliche Schieflage hin. Die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung nimmt deutlich zu:

- Oben befinden sich die Hochverdiener oder die Globalisierungselite. Diese Gruppe verabschiedet sich zunehmend aus der Solidargemeinschaft, nicht nur in Richtung Liechtenstein. Sie ist nicht mehr von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen abhängig, beschafft sich Bildung, Gesundheit und Sicherheit über die Märkte selbst.
- In der Mitte sind die vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich als Hauptlastträger der Staatsfinanzierung empfinden und in den letzten 15 Jahren im Durchschnitt keine Verbesserung ihrer Realeinkommen erlebt haben. Die gesellschaftliche Mitte trägt mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen ganz wesentlich den Sozialstaat. Das heißt aber, dass der Staat die Ansprüche an den Sozialstaat mit der Leistungsfähigkeit und vor allem mit der Leistungsbereitschaft der Mittelschichten in Einklang bringen muss. Sollte diese gesellschaftliche Mitte eines Tages ihre Solidarität aufkündigen, würde der deutsche Sozialstaat zusammenbrechen.
- Weiter unten stehen diejenigen, die vom Staat nach wie vor stärker alimentiert als befähigt werden, die kaum eine Chance auf gesellschaftliche Teilhabe oder sozialen Aufstieg haben, die sich in Parallelgesellschaften wiederfinden oder einrichten.

Teilhabe braucht wirtschaftliche Dynamik

Deswegen dürfen sich weder die Politik noch die übrigen gesellschaftlichen Gruppen der Verantwortung entziehen, dafür zu sorgen, dass sich die gefühlten und tatsächlichen Schieflagen in unserer Gesellschaft zumindest nicht noch weiter verschärfen. Die Kunst besteht darin, zugleich zu verhindern, dass notwendige Korrekturen die wirtschaftliche Dynamik schwächen. Das ist die Gratwanderung, die wir bewältigen müssen.

Wir brauchen ein höheres wirtschaftliches Wachstum – nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabe. Nur so erreichen wir die gewünschten Einkommenssteigerungen, die möglichst viele Bürger an einer positiven Wirtschaftsentwicklung partizipieren lassen. Und nur über dieses Wirtschaftswachstum wird der Staat die notwendigen Zukunftsinvestitionen tätigen können, die dieses Land dauerhaft in der Champions League halten.

Den Sozialstaat an seinen Wirkungen messen

Bei der Frage, wie viel soziale Ungerechtigkeit wir aushalten müssen, sind gerade diejenigen gerne etwas hemdsärmelig, die in der Einkommenshierarchie oben stehen. Nach dem Motto: Unter den Bedingungen der Globalisierung müssen wir eben Abstriche bei der Gerechtigkeit akzeptieren und den Gürtel enger schnallen. Auch mit etwas weniger Gerechtigkeit gehe es uns im Vergleich zu Ländern wie China, Indien oder Russland immer noch sehr gut.

Diese Haltung ist nicht nur inakzeptabel; sie ist vor allem auch ökonomisch und politisch hoch riskant. Denn sie setzt Globalisierung mit der billigenden Inkaufnahme von mehr Ungerechtigkeit gleich und glaubt, die Legitimationsgrundlagen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems dennoch erhalten zu können. Das ist ein Irrtum.

Die Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung müssen weitergehen. Wenn wir über eine gerechte Politik diskutieren, müssen wir eine Perspektive einnehmen, die sich weder auf eine platte Wohlfahrtsstaatlichkeit noch auf einen eindimensionalen Neoliberalismus reduziert. In der Vergangenheit war diese Diskussion allzu oft eine Debatte über das "gerechte" Verteilen von Geld. Sie war bestimmt von einem meist einseitig auf höhere Sozialtransfers verengten Blick, der völlig ausblendete, wie sehr Menschen durch Langzeitarbeitslosigkeit und schlechte Bildung benachteiligt werden, weil ihre Chancen schwinden.

Die Politik steht in der Pflicht, hierauf zu reagieren. Zum einen müssen wir uns im Rahmen einer soliden Haushaltspolitik die Frage stellen, wie wir unser knappes Geld im Sinne der Betroffenen wirkungsvoller und effizienter einsetzen. Wir müssen die Wirkung von Maßnahmen nicht am finanziellen Input, sondern konsequent am tatsächlichen Output messen. Zum anderen ist klar, dass eine gerechtere Politik nicht mehr allein an der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverteilung festgemacht werden kann.

Gemeinsam müssen wir - Politik und gesellschaftliche Gruppen - es schaffen, den Gerechtigkeitsblick der Menschen zu erweitern. Globaler Wettbewerb und demografischer Wandel erfordern zwangsläufig eine stärkere Orientierung des politischen Handelns, aber auch der Bewertung von Politik an mehr Chancengerechtigkeit und Generationengerechtigkeit, also an nachhaltiger Gerechtigkeit. Nur so ist mehr Teilhabe möglich. Das bedeutet jedoch

nicht, dass wir dabei die materielle Verteilungsgerechtigkeit aus den Augen verlieren dürfen. Umverteilung als Korrektur von Marktmechanismen bleibt nach wie vor notwendig.

"Bin ich Gewinner oder Verlierer?"

Den Fokus stärker auf nachhaltige Gerechtigkeit zu legen heißt auch, dass wir einen längeren Zeithorizont für die Beurteilung der Wirkung politischer Maßnahmen zulassen sollten. Es wäre schon viel gewonnen, wenn politische Reformen - auch in der medialen Darstellung - nicht mehr nur anhand der Fragen "Was bringt mir das kurzfristig?" oder "Bin ich Gewinner oder Verlierer?" beurteilt würden. Die Frage muss stattdessen lauten: "Was haben wir alle davon?"

Wir werden weiterhin einen fürsorgenden Sozialstaat für die in Not geratenen Menschen brauchen. Er hat genügend Anwälte in unserer Gesellschaft. Wir brauchen aber zunehmend auch den vorsorgenden und aktivierenden Sozialstaat, der seine Bürgerinnen und Bürger im wirtschaftlich-technischen Wandel so befähigt, dass sie gar nicht erst in Notlagen geraten und auf soziale Transfers angewiesen sind. Die Hauptaufgabe des vorsorgenden Sozialstaates ist es, jeder und jedem zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, seine Fähigkeiten zu entfalten, seine Existenz aus eigener Kraft zu sichern. Das schließt Existenzsichernde Löhne ein.

Ob es uns gelingt, in diesem Land eine breite gesellschaftliche Unterstützung für notwendige weitere Reformen zu organisieren, hängt auch entscheidend davon ab, ob die Eliten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in ihren öffentlichen Äußerungen stärker als bisher die Gerechtigkeitskomponente wichtiger Reformen betonen. Wir werden Reformen immer schwerer durchsetzen können, wenn beim Bekanntwerden von Eckpunkten eines Reformvorhabens alle Anstrengung darauf gerichtet ist, Empörungswellen zu organisieren, oder wenn fast schon reflexartig gerufen wird, diese Reform und jener Einschnitt gehe einfach nicht weit genug, sondern sei bestenfalls "ein Schritt in die richtige Richtung".

Liechtenstein als Lebensform

Solche Lautsprecher-Aussagen machen den Menschen Angst und erschweren es, Reformen durchzusetzen. Und das umso mehr, als diese Eliten ihre Vorbildfunktion viel zu häufig ignorieren, ja offenbar gar kein Gefühl mehr dafür haben, dass dies ihre Funktion ist. Das aktuell spektakulärste Beispiel ist die massenhafte Steuerhinterziehung in Richtung Liechtenstein. Obwohl die Steuersätze gerade auch im Spitzensteuerbereich in den letzten Jahren deutlich gesenkt wurden, wollen immer mehr Wohlhabende möglichst gar keine Steuern

mehr zahlen. Nur um der Besteuerung in Deutschland zu entkommen, lassen sie sich auf komplizierte Finanzkonstruktionen ein und gründen - und dies ist nur ein Beispiel - verschachtelte Stiftungen in Nachbarländern. Eben diese Leute beschwerten sich darüber, wie kompliziert das deutsche Steuersystem sei und fordern einheitliche Steuersätze für alle - zu ihren Gunsten natürlich. Die aus einer solchen Haltung folgenden kriminellen Handlungen verursachen nicht nur einen erheblichen materiellen Schaden, sondern unterminieren den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf einer modernen, allgemein akzeptierten Wertvorstellung von nachhaltiger Gerechtigkeit fußt, ist im Zeitalter der Globalisierung alles andere als ein Anachronismus, sondern kann vielmehr ein Wettbewerbsvorteil sein, vielleicht auch ein Exportgut im Wettbewerb unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle weltweit. Nachhaltige Gerechtigkeit in einem umfassenden Verständnis ist ein wichtiger Pfeiler für die Stabilität und die Reformfähigkeit unseres Wirtschaftssystems, die wiederum langfristige Voraussetzung für den Erfolg im globalen Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsmodellen ist.

Politik muss Menschen für Veränderungen gewinnen. Das ist möglich, aber auch nur dann, wenn sie sich *erstens* auf eine solide soziale Absicherung verlassen können, die nicht jeden zweiten Tag wieder grundsätzlich in Frage gestellt wird; wenn wir ihnen *zweitens* die Notwendigkeit von Reformen plausibel erklären und es uns gleichzeitig gelingt, sie von der Fairness und Gerechtigkeit dieser Reformen zu überzeugen; und wenn wir sie *drittens* in die Lage versetzen, die Chancen für sich selbst zu nutzen, die diese Veränderungen bei manchen Risiken eben auch mit sich bringen.

Nur gemeinsam kommen wir voran

Menschen für Veränderungen zu gewinnen, ist aber keine ausschließliche Aufgabe der Politik. Politiker brauchen die Unterstützung der gesellschaftlichen Eliten. Nur gemeinsam wird es gelingen, auch weiterhin Strukturreformen durchzusetzen und dabei gleichzeitig die Menschen davon zu überzeugen, dass es in Deutschland durch diese Reformen fairer und gerechter wird. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen vorankommen. Nur dann wird auch unser Land vorankommen.

Peer Steinbrück ist Bundesminister der Finanzen und stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der Artikel erschien zuerst in der Zeitschrift „Berliner Republik“ (Ausgabe 2/2008)

Die Sozialdemokratische Handschrift in der Großen Koalition

Die Sozialdemokraten stehen in der Großen Koalition für soziale Gerechtigkeit, für ökologisches Handeln und für wirtschaftliche Vernunft. Die SPD sorgt dafür, dass soziale, ökologische und wirtschaftliche Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Während die einen Sozialpolitik lediglich als ein Mehr und ein Höheres an Transferleistungen definieren, andere die Wirtschaftspolitik betonen und die Rechte von Arbeitnehmern einschränken wollen und wiederum andere lediglich die Ökologie in den Vordergrund stellen, setzt die SPD auf nachhaltigen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Für die SPD sind soziale Gerechtigkeit, ökologisches Handeln und wirtschaftliche Vernunft keine Gegensätze. Die SPD macht Politik für die Menschen, nicht für eine Klientel.

Arbeitsmarkt/Sozialpolitik

- Die SPD hat den **Mindestlohn** im Postdienstgewerbe eingeführt. Zum 31. März haben weitere acht Branchen die Aufnahme in das Arbeitnehmerentendegesetz beantragt. Insgesamt wären damit mehr als 3,3 Millionen Menschen in den Schutz des Mindestlohnes einbezogen.
- Die SPD sichert die Rechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften. **Kündigungsschutz**, **Tarifautonomie** und gewerkschaftliche **Mitbestimmung** sind bei der SPD in guten Händen.
- Rund 840.000 Haushalte erhalten nun zum 1. Januar 2009 **Wohngeld** (derzeit vom Bundesrat gestoppt). Das Wohngeld soll von durchschnittlich 90 auf 142 Euro erhöht werden (+60 Prozent). Das hilft vor allem Rentnern und Familien mit Kindern.
- Die **Renten** steigen zum 1. Juli um 1,1 Prozent. Damit werden auch die Rentner am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt.
- Die SPD führt befristet einen **Ausbildungsbonus** ein. 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze sollen so bis 2010 für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden.

Wirtschaft

- 24,7 Milliarden Euro stehen im Haushalt 2008 für **Investitionen** bereit. Ein Großteil dieser Gelder fließt in die Förderung von Mittelstand und Handwerk und in den Ausbau der Infrastruktur.
- Die Große Koalition hat die **Lohnnebenkosten** deutlich gesenkt. Zuletzt zum 1. Januar 2008 durch die Absenkung des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung. Insgesamt liegen die

Lohnnebenkosten unter 40 Prozent. Der Anteil für die Unternehmen liegt bei 19,8 Prozent.

- Mit der SPD werden **Unternehmensgründungen** erleichtert, u. a. durch ein Absenken des für eine Gründung einer GmbH notwendigen Stammkapitals von 25.000 auf 10.000 Euro. Firmengründungen werden so erleichtert und gefördert.
- Die Große Koalition entlastet **kleine und mittlere Unternehmen** von unnötiger Bürokratie und Überregulierung. Existenzgründer wurden z. B. von statistischen Meldepflichten befreit und Buchführungspflichten wurden erleichtert.

Bildung

- Die SPD hat unter rot-grün damit begonnen, die **Ganztagschulen** auszubauen. Mit gutem Erfolg: Seit 2003 haben bislang knapp 6.400 Ganztagschulen von der Förderung aus dem 4-Milliarden-Programm profitiert.
- Zum Wintersemester 2008/2009 steigen die Bedarfssätze beim **BAföG** um 10 Prozent und die Freibeträge werden um 8 Prozent erhöht. Der Förderungshöchstsatz steigt damit von derzeit 585 Euro auf etwa 643 Euro.
- Deutschland investiert mehr Geld in **Forschung und Entwicklung** als die meisten EU-Staaten. 2008 sind es rund 2,7 Prozent des BIP.

Familie

- Auf Initiative der SPD hin hat die Große Koalition das **Elterngeld** eingeführt. Mit dem Elterngeld schaffen wir die Rahmenbedingungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser als bisher miteinander verbinden lassen.
- Die **Kinderbetreuung** ab dem 1. Lebensjahr kommt. Gut für die Kinder und gut für die Eltern.
- Mit einer Reform des familienrechtlichen **Unterhaltsrechts** hat die Große Koalition die Rechte und die Versorgung von Kindern weiter gestärkt. Minderjährigen Kindern wird bei der Gewährung von Unterhalt durch den Unterhaltspflichtigen der erste Rang, und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt.
- Die SPD hat den **Kinderzuschlag**, der verhindert, dass Eltern wegen ihrer Kinder bei niedrigem Einkommen Arbeitslosengeld II beziehen müssen, weiterentwickelt. Künftig werden mehr Familien mit Kindern erreicht.

Umwelt- und Klimaschutz

- Moderne Umweltpolitik und erfolgreiche Wirtschaftspolitik sind keine Gegensätze. Mit den 2,6 Milliarden Euro, die 2008 für **Klimaschutzmaßnahmen** bereit stehen – eine Verdreifachung seit 2005 –, werden u. a. innovative Technologien zum effizienten Einsatz von Energie gefördert.
- Umwelt- und Klimaschutz schaffen **Arbeitsplätze**. Inzwischen arbeiten rund 249.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren Energien. Tendenz steigend. Bis 2020 werden 400.000 Menschen in diesem Bereich arbeiten.
- Das **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** liefert nicht nur wichtige Impulse für Energieeffizienz und Klimaschutz, sondern auch für die Baukonjunktur und Arbeitsplätze. Von 2006 bis Dezember 2007 wurden mit Fördermitteln über 400.000 Wohnungen energetisch saniert und zusätzlich rd. 107.000 Wohnungen in besonders energiesparender Bauweise errichtet.
- Es bleibt dabei. Mit der SPD wird es keine Aufweichung des **Atom-Ausstiegs** geben. 48 Staaten folgen inzwischen unserem Weg zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier liegen die Märkte der Zukunft.

Finanzen/Steuern

- Sozialdemokraten können mit Geld umgehen: Wir haben die **Neuverschuldung** innerhalb von zwei Jahren mehr als halbiert und die **Staatsquote** in den letzten Jahren kontinuierlich gesenkt. Gleichzeitig liegt der **Eingangssteuersatz** auf einem Tiefststand und der **Grundfreibetrag** ist so hoch wie noch nie.
- Die SPD hat die **Reichensteuer** eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Spitzenverdiener ab einem zu versteuern den Einkommen von 250.000 Euro zahlen einen Aufschlag auf ihre Steuer.
- Wir haben in der Koalition durchgesetzt, dass aus der **Erbschaftsteuer** auch in Zukunft den Ländern 4 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Wäre es nach der Union gegangen, würde die Erbschaftsteuer zum Ende dieses Jahres auslaufen.
- Starke Schultern müssen mehr leisten. Deshalb machen wir ernst beim **Abbau von un gerechtfertigten Steuervergünstigungen**. So haben wir beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt.

- Wir haben die finanzielle Basis von **Städten** und **Kommunen** mit der Unternehmensteuerreform gestärkt und die Gewerbesteuer weiterentwickelt.

Es ist gut, dass die Sozialdemokraten regieren – jetzt und in Zukunft. In der Regierung wollen sie dafür sorgen, dass

- es einen flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohn** gibt, von dem die Menschen auch selbständig durch ihre Arbeit leben können,
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird. Deshalb wollen wir die Missbräuche, die es in der **Zeitarbeitsbranche** gibt, beseitigen,
- die Dienstleistungen der **Bundesagentur für Arbeit** weiter verbessert werden. Bürger, die Arbeit suchen, sollen die bestmögliche Unterstützung durch die BA erhalten,
- Tarifautonomie, Mitbestimmung und Kündigungsschutz nicht angetastet werden,
- Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens beteiligt werden. Deshalb treten wir dafür ein, die **Mitarbeiterbeteiligung** auszuweiten,
- die verschiedenen Zweige unseres **Bildungssystems** deutlich durchlässiger werden. Weiterbildung muss zur vierten Säule des Bildungssystems ausgebaut werden,
- die Arbeitslosenversicherung zu einer **Arbeitsversicherung** weiterentwickelt wird,
- das **Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz** weiter verbessert wird. Die Aufstiegsfortbildung muss zu einem echten Fachkräfte-BAföG fortentwickelt werden,
- mithilfe von Altersteilzeit und Teilrente flexible Übergänge in die **Rente** ermöglicht werden,
- die Bildung von Wohneigentum in die Förderung der **Riester-Rente** einbezogen werden,
- die Rahmenbedingungen für **Praktikanten** verbessert und Missbrauch beim Berufseinstieg unterbunden wird,
- es auf den internationalen und nationalen **Finanzmärkten** mehr Transparenz und Stabilität gibt,
- die SPD alle Möglichkeiten prüft, völlig überzogene **Managergehälter** und Abfindungen zu begrenzen und transparenter zu gestalten,
- die SPD weiterhin Vorreiter im **Klimaschutz** bleibt.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind die bisherigen Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Egon Bahr Bundesminister a.D.

Biografie

Geboren am 18. März 1922 in Treffurt/Werra, verheiratet, drei Kinder.



Beruflicher Werdegang

1940 nach dem Abitur Beginn einer Ausbildung zum Industriekaufmann. 1942 bis 1944 als Soldat im Zweiten Weltkrieg. Anschließend Arbeit als Journalist, Chefkommentator und Leiter des Bonner Büros des RIAS. 1959 als Presseattaché an der Deutschen Botschaft in Ghana. 1984 bis 1994 Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Seit 1984 Honorarprofessor an der Universität Hamburg.

Politischer Werdegang

Seit 1956 Mitglied der SPD.

1960 bis 1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und als solcher Sprecher des vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt geführten Senats.

1966 bis 1969 Botschafter und als Ministerialdirigent Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt.

1969 bis 1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und zugleich Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin.

1972 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

1972 bis 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben. Egon Bahr gilt als einer der wichtigsten und einflussreichsten Berater Willy Brandts im Hinblick auf die Ostverträge.

1974 bis 1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1976 bis 1981 Bundesgeschäftsführer der SPD

10 Persönliche Fragen an Egon Bahr

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Willy Brandt, Hillary Clinton.

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

M. Gandhi.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Frachtschiff- oder Flussreisen.

4. Ihre Leidenschaften?

sind privat, von Außen- und Sicherheitspolitik abgesehen.

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

6. Ihr Lieblingsfilm?

„Spartakus“ und „Alles auf Zucker“.

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingslieder?

Sag mir wo die Blumen sind, gesungen von Marlene Dietrich

8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Papier und siehe Nr. 9

9. Ihre Lieblingsbücher?

Die Josefs-Trilogie von Thomas Mann.

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Möglichst über Gegner.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008

Sitzungswochen sind die 3., 4., 7., 8., 10., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 26., 38., 39., 42., 46., 48., 49. und 51. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort stellv. Sprecher und Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine **Homepage www.martin-doermann.de**

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Mitarbeiter: Ralf Steinmeier

(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 169 195-77

Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail: [koelner-spd-](mailto:koelner-spd-mdb@netcologne.de)

mdb@netcologne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt

Bildnachweis: Deutscher Bundestag (Seiten 11, 16), SPD-Parteivorstand (16), NRWSPD (4)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de.

